

Lampertheimer Zeitung vom 03.06.2005

"Ohne Neuschloß keine Finanzprobleme"

Haupt- und Finanzausschuss stimmt für maßvolle Straßensanierung im Altlastenbereich

LAMPERTHEIM Das Thema ist abgehakt, das Problem bleibt wegen seiner finanziellen Auswirkungen allgegenwärtig: Nach dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss votierte auch der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lampertheim für die Sanierung der Straßen im kontaminierten Wohngebiet von Neuschloß und folgte damit mit deutlicher Mehrheit der Empfehlung des Magistrats.

SPD, FDP und Grüne stimmten der Sanierung nach der Variante II zu, die FWG enthielt sich der Stimme, und die CDU sah eine Sanierung nach der alleine vom Land zu finanzierenden Variante I als ausreichend an. Bürgermeister Erich Maier stellte die unterschiedlichen Varianten auch mit besonderem Blick auf die finanziellen Auswirkungen für die Stadt dar und versicherte, mit dem Land wegen einer Kostenbeteiligung "hart" zu verhandeln.

Die bei der Variante II von der Stadt zu schulternden Kosten in Höhe von 3,8 Millionen Euro könnten durch Eigenleistungen um bis zu 2 Millionen Euro gesenkt werden, sagte Maier und fuhr fort: "Ich bin fest überzeugt, dass wir diese Größenordnung erreichen können."

Hans Hahn (SPD) bestätigte die Haltung der SPD für die Variante II, und Manfred Reipa

(SPD) meinte, der Ortsbeirat Neuschloß könne mit dieser Entscheidung "gut leben".

Werner Hofmann (CDU) sieht bei der Umsetzung der alleine vom Land zu zahlenden Variante I (Instandsetzung der durch die Sanierungsarbeiten beschädigten Asphaltdecken, Gehwegsbeläge, Bordsteine) kein erkennbares Gefahrenpotenzial. Alleine wegen der aktuellen Haushaltslage gebe es keinen Spielraum für weitergehende Maßnahmen.

Helmut Hummel (FDP) stimmte für die Variante II und erwartet vom Magistrat, dass alle Einsparmöglichkeiten genutzt werden. Maximilian Plenert (Grüne) meinte, die Sanierung des Straßenraumes nach Variante II sei "sinnvoll".

Hans Kark (FWG) betonte, aus Haushaltsgründen sei nur die Variante I durchführbar. Wenn Land und Regierungspräsidium die Variante I als ausreichend bewerten würden, könne man darauf vertrauen.

Bürgermeister Erich Maier sah sich wegen der Hinweise auf die Finanzmisere der Stadt veranlasst, zu betonen, die Verwaltung habe in den letzten Jahren sehr sparsam gewirtschaftet. Wo andere Kommunen Schulden angehäuft hätten, seien sie in Lampertheim abgebaut und zugleich stattliche Rücklagen gebildet worden, von denen die Stadt heute noch zehre. "Aber Lampertheim ist keine Insel der Glückseligen", sagte er im Hinblick auf die allgemeine Finanznot der Kommunen. Mit Neuschloß habe Lampertheim finanziell ein Riesenproblem. "Hätten wir das nicht, stünden wir gar nicht so schlecht da."

Dass sich die kommunalen Gremien mit der Straßensanierung befassen müssen, basiert auf der Haltung des Landes. Die "Nicht-Sanierungsbedürftigkeit" der Straßen und Gehwege wird seitens des Landes mit der Asphaltierung/Pflasterung der Straßen und Gehwege im Wohnbereich begründet. Sie verhindere, dass Dritte durch Direktkontakt oder Staubverwehung in Kontakt mit dem kontaminierten Untergrund kämen. Ferner sei ein Sickerwasseraustritt im Straßenbereich und damit die Gefahr einer Lösung und Auswaschung von Schadstoffen ins Grundwasser sicher verhindert.

Die Stadt Lampertheim vertrete seit Beginn der Sanierungsplanung eine grundsätzlich gegenteilige Meinung, heißt es in der Sitzungsvorlage des Magistrats für die kommunalpolitischen Gremien. Durch die Erfordernis eines ständigen und im Schadensfall auch sehr kurzfristigen und nicht vorbereiteten Zugriffs auf die im Straßenraum verlegten Ver- und Entsorgungsleitungen könnten Gefährdungen für Arbeiter und Anwohner durch Direktkontakt, Staubverwehung und Materialverschleppung dauerhaft nicht ausgeschlossen werden, argumentiert die Verwaltung.

Auch die Lösung und Auswaschung von Schadstoffen bei Defekten von Trinkwasser- oder Abwasserleitungen könne nicht ausgeschlossen werden.

(Von Wolfgang Werry)